

Die Volksstimme

Das „Volksblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und antizipiert deren wirtschaftlichen Bedenken. Es tritt ein: 6. Märkterstraße 6. Preis: 10 Pfennig. Besondere Anzeigenpreise sind auf Anfrage zu erlangen. Die Redaktion befindet sich in Halle. — Unentgeltlich eingesandte Manuskripte für Redaktionen sind zu berücksichtigen.

Fortsetzung der Provokation vom Juli Schleichers Diktat Preußens Schulen den Monarchisten!

Der Schulpolitik in Preußen ist die konsequente Fortsetzung des reaktionären Vorgehens vom 20. Juli. Als Herr von Schleicher an der Schwelle des Reichsministeramtes stand, veränderte er, daß er den 20. Juli ebenso behandelte, wie die Art und Weise, in der Otto Braun und Carl Severing behandelt worden seien. Dieser deutlichen Distanzierung in Worten vom Papen-Kurs in Preußen fand schon damals die Tatsache gegenüber, daß der 20. Juli unter aktiver Mitwirkung der Reichswehr erfolgt ist und daß die Reichswehr benutzt worden ist, um eine Politik der Durchsetzung der preussischen Verwaltung mit Monarchisten und Stadtreaktionären, mit deutschnationalen Parteibuchbeamten und Junterprüfungen durchzuführen. Seitdem nun Herr von Schleicher Reichstanzler ist, hat sich in Preußen nicht das geringste geändert. Ganz im Gegenteil: die reaktionäre Papen-Politik, die Politik der Provokation der Republikaner, wird unentwegt fortgesetzt. Wo noch Widerstände geblieben sind in der deutschnationalen Parteibuchbeamtenpolitik, werden sie jetzt geloscht!

Seit dem 20. Juli regiert deutschnationale Parteibuchpolitik die Stunde in Preußen. Die gefamte Verwaltung und die Personalpolitik ist einerseits, aber andererseits Partei aus geliefert. Die feinerste Rücksicht im Volke hat und allgemein verhängt ist, als der Spitz der freudigen, dümmlichen und proklamatorischen Reaktion.

Am 20. Juli haben Papen und seine Freunde ihren Einzug in Preußen vollführt unter dem Vorwand, daß Ruhe und Ordnung gefordert seien. Mit den Verfassungsbestimmungen war dieses Vorgehen inimmig nicht in Übereinstimmung zu bringen. Es haben sofort den Belagerungsstand verhängt, um unter seinem Schutze erprobte republikanische Beamte von hoher Qualifikation aus den Ämtern zu entfernen und deutschnationale Parteibuchbeamte an ihre Stelle zu setzen. Von Ruhe und Ordnung war so wenig weiter die Rede, daß nach dem Vorgehen in Preußen der ungeheure Anstieg der Terrorwelle und nach ihm die Verordnung über die Gewerbesteuer erfolgte! Sie sehr durch den 20. Juli Ruhe und Ordnung gefördert worden sind, das haben Papen und seine Freunde selbst erfahren, als sie nach der letzten Reichstagswahl durch einen Sturm der Entrüstung und Empörung aus dem Amte verjagt wurden. Der 20. Juli hat in Wahrheit Ruhe und Ordnung gefordert, denn wer glaubt, daß die fortgesetzten reaktionären Provokationen in Preußen nicht geeignet seien, die Erbitterung und den Zorn der republikanischen Bevölkerung zu verstärken, der ist in einem fundamentalen Irrtum befangen!

Empörend ist nicht nur die Tatsache der Auslieferung der preussischen Verwaltung an die Reaktion (schon), empörend ist noch viel härter die Unerschlichkeit der Auslieferung, die die Parteibuchbeamten-Politik nur notwendig werden. Erst hat man von der Notwendigkeit des Schutzes von Ruhe und Ordnung gesprochen. Eine zweite Welle des Beamtenstichs ging unter dem Schlagwort der Verwaltungsreform, eine dritte unter dem Vorwand der Sparmaßnahmen. Im wahren Verwaltungsreform und Sparmaßnahmen hat es sich dabei so wenig gehandelt, daß inmitten die meisten Stellen der von ihren Ämtern entfernten republikanischen Beamten wieder besetzt worden sind! Unter diesen wichtigen Vorkäufen ist der Prozententzug des Meils bei den höheren Beamten in Preußen wieder so gefordert worden, daß er fast an den Prozententzug heranreicht, der in den reaktionären und reaktionären Zeiten des wilhelminischen Regimes bestand. Das Wörtchen „von“, das

deutschnationale Parteibuch und die Zugehörigkeit zu feudalen Korps sind heute die Dualifikation für eine höhere Beamtenstellung in der preussischen Verwaltung! Sehr selten sie wieder von Sparmaßnahmen, weil sie die preussischen Provinzialschulkollegien bis zum letzten Resten deutschnationalen Parteibuchbeamten ausliefern wollen. Die deutschnationalen Parteibuchbeamten in den Provinzialschulkollegien, Beamte von hoher Qualifikation, deren Namen als Fachleute weithin bekannt sind, sollen entfernt werden, weil eine deutschnationale Clique die Schulen in ihre Hand bekommen will. Der Geist des

Reichstanzlers für das preussische Kultusministerium, des stöckerianischen Professors Käbler aus Breslau, treibt dabei kein Bismarck. Er hat an Einzelfällen gezeigt, wie ausgezeichnet er sich auf die Parteibuchbeamten-Politik versteht! Es ist der Geist der Breslauer Universitätsprofessoren, der Geist einer Rückgratlosigkeit, wie in der Erklärung des Breslauer Senats gegen Professor Cohn zum Ausdruck gekommen ist, der nach den preussischen Provinzialschulkollegien greift. Es ist ein Geist reaktionärer Bestimmung, ein Geist der Untunlichkeit, der nicht mehr in die Zeit paßt, ein Geist des Wandertums und der Feindschaft gegen jede Freiheit!

Man wage nicht, uns zu erzählen, daß der reaktionäre Einzug auf die Provinzialschulkollegien auch zu der berühmten Herbeiführung der Ruhe und Ordnung in Preußen nach Papens Rezept gehören — denn solche Maßnahmen fördern lediglich den weitgehenden Zorn aller Republikaner. Demgegenüber sie unter der Firma des Herrn von Papen, heute unter der Firma des Generals von Schleicher. Aber ihr reaktionärer Charakter und ihre Volkseindlichkeit ist die gleiche geblieben. Die tolle Zeit der Reaktion ist noch nicht vorbei! Sie propagiert weiter und lähert damit die Gründlichkeit der künftigen Abrechnung schon heute!

Wahre Parteibuchherrschaft

Das alles ist unter Schleichers Beauftragtem möglich!

Es ist das Charakteristikum der schwarzweissen Preußenkommission, daß sie den Geist der Offenständigkeit nicht liebt. Dies aber in ihr Treiben, in ihre Parteibuchherrschaft hineingelegt, kann wissen sie nichts besseres als mit Ausreden zu antworten. So als wir vor einigen Monaten die Auslieferung des Wohlfahrtsministeriums und im Zusammenhang damit einen großen Beamtenstich gegen Republikaner antworteten, so auch jetzt, nach unserer Veröffentlichung über die Fortsetzung der deutschnationalen Parteibuchherrschaft in der Schulverwaltung durch Amisenhebung verdienstlicher sozialdemokratischer Schulgelehrten. Damals wie heute haben sich die schwarzweissen Kommissare darauf besessen, daß alles nicht so gemeint sei wie es aus den Veröffentlichungen hervorgehe, daß es „Sparpolitik“ zwar abgebaut werde, aber keineswegs nur Republikaner betroffen würden. Die Ausreden von damals sind inmitten reiflos wiederholt worden: der Beamtenstich gegen Republikaner ist erfolgt und parteilicher ausgesprochen als es selbst die schärfsten Ermahnungen anlässlich vernehmlich sind. Die Ausreden von gestern werden in den nächsten Tagen das gleiche Schicksal erleiden.

Wieder wird die „Überparteilichkeit“ der schwarzweissen Kommissare beanspruchet und von neuem bewiesen werden, daß das Wort „Überparteilich“ niemals mehr mißbraucht und unter Voraussetzungen benutzt werden ist, die keinen Sinn in das Gegenteil verkehren, als heute unter einer preussischen Kommissionsverwaltung, hinter deren Überparteilichkeit sich schwarzweisse Parteibuchherrschaft verbirgt.

In diesem Zusammenhang ein Beispiel für die „Überparteilichkeit“ des schwarzweissen Kommissars im preussischen Kultusministerium. Dieser Kommissar, ein deutschnationaler Abgeordneter des preussischen Landtags, heute nach Mitglied der deutschnationalen Partei, ordnet „irgends durch einen Erlaß an das Provinzialschulkollegium Berlin die Verlegung des deutschnationalen Landrichters Rischhöf auf Sommer nach Berlin an. Dieser Rischhöf, gegenwärtig deutschnationaler Abgeordneter des Preussischen Landtags, hat sich während dem Schwinden entgegen und dafür eine besonders honorierte Stellung in der Dienstverwaltung ausgeübt. Wahrscheinlich haben ihn seine Kenntnisse der Bilanz und sein Talent zum Doppeldecker die besondere Hochachtung der deutschnationalen Partei eingeholt. Jedenfalls benötigt sie ihn in Berlin. Die „Berliner Behörde“ äußert sich darüber in ihrer Nr. 51 wie folgt:

„Rischhöf wird in Berlin für die deutschnationale Partei gebraucht, und da er sich wahrheitsgemäß noch nicht positionieren lassen will, sollen die Berliner Schulen, in denen für solche Fälle ausfinden immer Platz ist, obgleich Junglehrer über Junglehrer abgebaut werden, ihm eine Stelle als Lehrer oder Rektor freimachen. Das soll sich Berlin Mühseligkeiten gefallen lassen.“

Das ist Parteibuchherrschaft über Reichs-Gott. Wohl ein deutschnationaler

ler Lehrer vom Bande in Berlin von seiner Partei benötigt wird, ordnet der deutschnationale Preußenkommissar Käbler auf diesem Wege seine Verlegung nach Berlin an. Ein Herr, der von einem derartigen „Überparteilich“ Mann auch nur ein Gebot annehmen kann, daß der Forderung, der neuerdings 75 hohe Beamte der preussischen Schulverwaltung in Vorbereitung ist, nur unter dem Gesichtspunkt der Sparpolitik und „Überparteilich“ durchgeführt wird. Eine derartige Erklärung aus dem Munde eines Herrn Käbler ist nach dem Fall Rischhöf ein Schlag auf jede Gerechtigkeit, als die uns wahre Überparteilichkeit vorschmei.

Nein, auch der neue Schulrat gegen etwa 75 Beamte der preussischen Schulverwaltung hat keinen anderen Sinn, als den am 20. Juli bekannten Rohgefetz gegen die Sozialdemokratie fortzusetzen. Die für den Abbau in Aussicht genommenen Beamten zählen überwiegend zur Sozialdemokratischen Partei oder stehen ihr nahe.

Wie mit der „Überparteilichkeit“, so steht es auch mit dem „Sparpolitik“-Sinn der schwarzweissen Preußenkommissare. Auch er steht auf dem Papier. Während sich die Kom-

mission überlegen, welchen Sozialdemokraten sie aus „Sparpolitik“ in die Wüste schicken, werden gleich drei bezichtigte soziale Parteigänger mit Schmeichelei dem Mühseligbuch endlich die verprochene Anerkennung durch Beförderung zuteil wird. Das war bisher so und ist auch jetzt so. In den letzten Monaten haben die Preußenkommissare weit über 150 Republikaner zwangsweise „zur Ruhe“ gesetzt. Alle frei gewordenen höheren Stellen sind inzwischen mit rechtsstehenden Beamten besetzt worden, und daß auch die jetzt in der Schulverwaltung freierwerdenden Stellen mindestens zum Teil wieder besetzt werden sollen, und zwar ebenfalls durch rechtsstehende Parteibuchherrscher, dafür liegen schon heute unumwiderrliche Beweise vor.

Es ist das System der „Überparteilichkeit“ und „Sparpolitik“, das heute in Preußen regiert. So politisiert es die Mitglieder dieses Systems in die Hände der Kommissare. Was wir sehen, ist das Gegenteil von dem, was sie propagieren. Es ist das System der Parteibuchherrschaft, wie es schlimmer kaum ausdenken ist, das System, das nicht mit Steuergrößen (pari, wenn es gilt, dem Parteibuch) zu neuer Ehre zu verhelfen. Allerdings muß es schwarzweissrot gehalten sein, so wie es in den Händen und Herzen der „Überparteilichen“ Preußenkommissare ansitzt.

Kammer beschließt Budgetzwölftel

Eigener Bericht
Paris, 27. Dezember.
Die Kammer hat am Dienstagabend mit 524 gegen 53 Stimmen das provisorische Budget für den Monat Januar einschließlich der Bewilligung zur Ausgabe neuer Schulden in Höhe von fünf Milliarden Franken beschlossen. Der Finanzminister sah sich im Laufe der Debatte mehrmals genötigt, die Ablehnung von Abänderungsanträgen, die fast ausschließlich von Mitgliedern der Rechtsparteien ausgingen, zu verlangen. Die Regierung siegte stets mit großer Mehrheit. Nach der Annahme des Gesetzentwurfes beschloß die Kammer, die Vorlage über die Eröffnung eines Kredits von 300 Millionen Franken zur Tilgung der Getreidepreise in einer Nachprüfung zu beraten.

Die Kirche maßregelt

Eigener Bericht
Weimar, 27. Dezember.
Der im thüringischen Meuselwitz amtierende protestantische Pfarrer Dr. Wolf ist Weihnachten strafgesetzt worden. Außerdem hat die Kirchenbehörde den mit ihm bestehenden Kirchenvertrag gelöst. Dr. Wolf muß in 5 Monaten seine kirchliche Tätigkeit aufgeben.
Entlassungsgrund: Dr. Wolf ist Sozialdemokrat. Er hat in zahllosen Versammlungen für die Sozialdemokratische Partei geworben. Die Entlassungsurkunde wurde ihm von einem Oberpfarrer überreicht, der als Stammgast der Rastereisammlungen bekannt ist.

Schweden bekämpft Arbeitslosigkeit

Eigener Bericht
Stockholm, 27. Dezember.
Die sozialdemokratische Regierung Schweden wird dem im Januar zusammenzutretenden Reichstag für das Jahr 1933 einen Etat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen. Der Ausgaben in Höhe von 200 Millionen Kronen vorliegt. Von diesem Betrage sollen 150 Millionen, die man zum größten Teile durch eine Anleihe aufbringen soll, zu Kostenaufwendungen verwendet werden. Der Rest soll der amtlichen Arbeitslosenkommission für ihre Wohlfahrtsleistungen zur Verfügung gestellt werden.

GA. ruft: „Juda erwache!“

Der jüdisch-gionistische Wehrverband „Brit-Drumpler“ hat eine Anzahl ehemaliger deutscher Offiziere als Antifaktoren eingestellt. Unter ihnen befinden sich, nach den Mitteilungen des Berliner „Politischen Beobachters“, Offiziere, die bisher der GA. als Unterführer angehört haben.
Der „Brit-Drumpler“ ist ein in Palästina bestehender jüdisch-nationalistischer Wehrverband, der die jüdische Jugend Palästinas gegen die Araber „erzucht“. In Deutschland haben die jetzt im „Brit-Drumpler“ intrainierenden GA.-Offiziere ihre Rekrutierung durch die Juden gebilligt. Deutschland erwache — Juda werde! „Juda erwache!“ — „Juda erwache!“ — „Juda erwache!“

Wirtschaft 1932

Wirklich Besserung?

Eine bedeutende Clique bürgerlicher Zeitungsredakteure benutzt das Jahressumme, um der Selbstkritik einzugehen, daß der Wirtschaftswandel im Jahre 1932 betrüblicher gewesen als im Jahre vorher. Dem liegt ohne weiteres die Pflicht zugrunde, der sogenannten autoritären Staatsführung und ihrer höchst eigenartigen Wirtschaftspolitik, die sich in Lebensnotwendigkeiten gegenüber dem Internerium erhebt, das Besitzt an einer angeblichen Wirtschaftsbesserung zuzuschreiben. Sicher, die Wirtschaft ist der Aufschwung, daß „das Kräftige durchdringt“ ist. Aber das ist noch lange kein Aufschwung und je später der Zeitpunkt der wirklichen Aufwärtsbewegung eintritt, desto größer ist die Gefahr eines lang andauernden Stagnations auf dem erreichten Tiefstand. Unter diesen Umständen ist die Wirtschaftsbesserung weniger fälschlich, Hausarbeit und Lebensgefühl verlassen immer mehr.

Unter diesem Gesichtspunkt eröffnet der Verlauf der gegenwärtigen Wirtschaftsdiskussion interessante Ausblicke. Wie unendlich langgedehnt wurden doch alle bisherigen Etappen der Krise. Schon im Jahre 1929 begann ein fühlbarer Abstieg der Wirtschaft, im Jahre 1930 setzte er sich beschleunigt fort, im Jahre 1931 wurde die Wirtschaft, vor allem infolge der Kreditnotlage, weiter gelähmt und selbst im Jahre 1932 glitt die Kurve noch abwärts. Vor allem verringerte sich auch im Jahre 1932 die Fähigkeit der Wirtschaft, Arbeitskräfte aufzunehmen — dieser grundlegende Merkmal der Konjunktur und der Langzeitigkeit einer Wirtschaftskrise überkaufte — noch in erschreckender Weise. Die offizielle Arbeitslosenstatistik hat freilich schon längst aufgehört, einen richtigen Maßstab dafür anzugeben. Sie weist für Mitte Dezember 1932 mit 5 004 000 anerkannten Arbeitslosen gegenüber der gleichen Vorjahreszeit (5 440 000) eine Lebensüberholung um 164 000 auf.

Unvergleichlich trüber aber ist das Bild, das die Statistik der beschäftigten Arbeitnehmer (nach den Krankenversicherungsbeiträgen) bietet.

Damach ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 13 978 000 Ende Oktober 1931 auf 12 440 000 Ende Oktober 1932, also um mehr als 1,5 Millionen, zurückgegangen, obwohl sich zu gleich die Zahl der Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen, infolge des Einflusses der Scheinrenten, auf dem Arbeitsmarkt um eine Hunderttausende erhöhte.

Weniger stark scheint die weitere Rückgang der Produktion gewesen zu sein, was auf eine stärkere Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der noch beschäftigten Arbeitnehmer schließen läßt. Allerdings ist auch hier der Maßstab — der industrielle Produktionsindex — nicht genau und maßgebend, weil nur wenige Industrien erfaßt werden. Der Produktionsindex stand im Oktober 1932 auf 60,9 gegenüber 64,2 im Oktober 1931 und 190 im Vorjahresdurchschnitt 1928. Er zeigt also nur noch einen Rückgang um 3 Proz. Stärker ist der Rückgang der Belegschaft der Reichsbahn: von 122 000 Mann im arbeitsfähigen Durchschnitt des November 1931 auf 113 700 im gleichen Zeitraum 1932

einen noch stärkeren Rückgang weisen alle Umqualifizierungen auf.

So sind die Umsätze des Einzelhandels von Oktober 1931 bis Oktober 1932 um 99,6 Proz. durchschnitlichen Umlages im Jahre 1932 auf 79,4 Proz. zurückgegangen. Allerdings sind auch die Umsätze in diesem Zeitraum noch weiter gesunken: der Großhandelsindex stand im November 1931 auf 106,6, im November 1932 hingegen auf 93,9. Am erschreckendsten aber ist der weitere Rückgang des Außenhandels. Die Ausfuhr, die im November 1931 noch 749 Millionen Mark betrug, erlitt im November 1932 nur mehr 475 Millionen Mark, die Einfuhr sank im gleichen Zeitraum um 485 auf 393 Millionen Mark. Während also die Einfuhr um 19 Proz. gesunken ist, stieg die Ausfuhr um nicht als 36 Proz., also um das Doppelte ab.

Darin liegt die Ursache für die Abherrungspolitik, die von Deutschland getrieben wurde, freilich auch die Frucht der Abherrungspolitik der anderen Länder.

Es ist richtig, daß die zweite Hälfte des Jahres 1932 etwas freundlicher war als die erste. Nichtsdesto, daß eine wirkliche Besserung der Wirtschaft eingetreten wäre, aber es kam doch wenigstens der Abstieg einigmaßen zum Stillstand. Auch diese Tatsache wird freilich von der bürgerlichen Presse demagogisch verzerrt. Durch ein einfaches Zahlenmanipulieren wird aus einem Stillstand eine Besserung gemacht. Man vergleicht nämlich die monatlichen Beschäftigungen im Jahre 1932 mit denen des Jahres 1931, des Jahres des historischen Aufwärtstrends, und kam so zu einer „Besserung“. Man läßt die angebliche Besserung als das Ergebnis der Regierungsmassnahmen und Schlichter aus, während es sich in Wirklichkeit um eine allgemeine, in allen Ländern beobachtete weltwirtschaftliche Erscheinung handelte.

Ein objektiver Maßstab muß also zu dem Ergebnis gelangen, daß diese vier furchtbaren Jahre noch nicht genügend haben, um der Krise ein Ende zu bereiten.

Bestenfalls wird man sagen können, daß die Wirtschaft nach vier Jahren eines unvorstellbaren

Sturzes erholte — aber freilich nur, wenn keine Lebensüberholung mehr eintrat — aus der Phase der „Krise“ in die Phase der „Depression“ hinübergelitten ist. Das bedeutet, daß die Wirtschaft zunächst auf dem tiefsten Punkt bequamen wird, den sie im Ende dieser vier Jahre erreicht hat. Wann sie sich überdies erheben wird, wann sie wieder imstande sein wird, die Millionen von Menschen, die sie auf das grausamste ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt hat, wieder in den Arbeitsprozess aufzunehmen, läßt sich noch gar nicht voraussagen. Es wagt auch tatsächlich kein ernsthafter Beobachter (und sei er auch noch so kapitalistisch gefärbt), eine Voraussage darüber zu machen.

Wie lange soll es noch geduldet werden, daß ein Wirtschaftssystem existiert, das mitten aus dem reichsten Lebensgebiet heraus Millionen von Menschen viele Jahre lang in tiefstem Elend und Verzweiflung hält?

Die inhaltlicheren Reaktionen und Proteste der Tages- und der Kommunisten können an diesem System nichts ändern. Notwendig ist ein sozialistischer Umbau der Wirtschaft, wie ihn die Sozialdemokratie fordert. Unsere Pflicht ist es, diesen Umbau zu vollziehen, und die Massen des deutschen Volkes für diesen Umbau zu gewinnen.

Brolat verhaftet

Wegen angeblichen Fluchtverdachts — Schlag gegen einen Gehehnten

Aus Berlin wird gemeldet: Der Direktor der W.G. Brolat war gestern von den Untersuchungsrichtern im gegen ihn schwebenden Reineidverfahren zur verantwortlichen Vernehmung geladen. Nach Beendigung der Vernehmung erhielt der Untersuchungsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen Brolat wegen Fluchtverdachts einen Haftbefehl. Brolat wurde sofort in das Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Gegen Brolat sind im Zusammenhang mit der Skatere-Affäre eine Reihe von Beschuldigungen erhoben worden. Brolat hat sich gegen diese Beschuldigungen auch energisch zur Wehr gesetzt. Es sind gegen ihn Disziplinerverfahren eingeleitet und durchgeführt worden, erst kürzlich ist ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts krimineller Handlungen gegen ihn eingeleitet worden.

In der Zeit der Verhaftung und Prozesse war Brolat ein Gehehnter, der nicht nur die Staats-

anwaltschaft, sondern auch die reaktionäre und die kommunistische Presse gegen sich hatte, die mit seiner Person politische Agitation machte. Er hat dieser Seite standgehalten.

Unmittelbar im Zusammenhang mit der Einstellung des letzten Ermittlungsverfahrens gegen Brolat tauchte ein Ermittlungsverfahren wegen Reineides gegen ihn auf. Er soll im Skatere-Prozess in einer Nebenrolle unter falschen Aussagen gemacht haben.

Woher soll man plötzlich den Fluchtverdacht ausgelastet sein? Es ist völlig unerfindlich, wie dieser Fluchtverdacht begründet werden soll. Hätte Brolat fliehen können, so wäre er heute nicht zur Vernehmung erschienen, sondern wäre schon längst verhaftet worden!

Bei den angeblich falschen Aussagen Brolats kann es sich, wie wir erfahren, höchstens um einen jahrelangen Falschbehaupten, der mit Gefängnisstrafe bedroht ist. Wie die Staatsanwaltschaft aus Urkündnissen, die sich in jeder Zeugnisaussage ergeben, einen Reineid konstruieren will, ist unerfindlich!

Reaktion der Friedensverträge Die Lage der Liga für Menschenrechte Eigener Bericht

Paris, 27. Dezember.

Die französische Liga für Menschenrechte, die zur Zeit in Paris über 31.000 Mitglieder besitzt, bezieht sich am Dienstagmorgens mit der Lage der Reaktion der Friedensverträge und des Völkervertrages.

Das erste Referat hielt der Vorsitzende der Liga, Professor Saché, der u. a. ausführte, daß der Verfall der Verträge auf Grund der ihm enthaltenen Bestimmungen sehr wohl revidiert oder berichtigt werden könnte. Entweder hätte der Völkervertrag nicht aufgenommen werden dürfen, oder, nachdem er das getan habe, hätte er alle Bestimmungen des Verfallers Vertrages, die Deutschland nicht die gleiche Behandlung wie den anderen Mächten zuertraten, abändern. Das ist noch seiner Ansicht der stärkste Grund, der für eine Revision oder vielmehr für eine Berichtigung des Vertrages spreche. Es handele sich nicht darum, den Verfallers Vertrag zu beurteilen, sondern darum, alles aus ihm zu entfernen, was der Völkervertrag aller Völkervertragsmitglieder zuzurechnen sei. Das sei die notwendige Grundlage für die Geltung des Völkervertrages. Eine der größten Ungerechtigkeiten des Vertrages sei Artikel 231. Ebenso müßten die Bestimmungen über die Abrüstung Deutschlands und die Territorialaufgaben des Vertrages, vor allem die, die sich auf die Schaffung des politischen Korridors beziehen, abgeändert werden. Schließlich sei er, der Redner, auch der Meinung, daß Deutschland seine früheren Kolonien als Mandatsgebiete zurückzugeben müßte.

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Sozialist F. r u m b o c h, der vor allem die ungleiche Grenzziehung in Mittel- und Ost-Europa und der Völkervertrags der radikalen Partei Kanter, der sich besonders gegen den politischen Korridor und das Reineidverbot des Völkervertrages und der zahlreichen Sonderverträge zwischen einzelnen Staaten wandte.

Scharfe Augen

In Berlin-Friedenau wurde am Dienstag durch die Aufmerksamkeits einer Straßenpassantin ein ungewisser Postkassierer erwischt. Die Frau hatte auf der Straße beobachtet, wie der Postkassierer einen Briefumschlag zerriß und die Briefstücke sorgfältig sortierte. Die Passantin folgte ihm und erlitt auf die verbotene Handlung. Man kam so auf die Spur des 33jährigen Postkassierers Gehmann; er wurde, wiederholt auf seinen Bestellungen Briefe, in denen er Geldsummen verzeichnete, unterwegs gefasst und beraubt zu haben.

Die Toten von Limbach

Die bei dem Limbacher Verkehrsunfall getöteten vier Personen wurden als ein Fabrikarbeiter aus Meißel i. Sa., seine Ehefrau und die dreizehn- und einjährige Söhne des Ehepaars identifiziert. Der Vater des Todesopfers, den nach den bisherigen Ermittlungen die Mordtat an dem Unfall trifft, ist ein in Limbach als Stahlbehältermann bekannter Arbeiter. Er befand sich auf der Rückfahrt von einem Feinschoppen...

Sai in der Eibe

An der Mähe von Wittenberge sungen Eibischer einen 1 Meter langen Regenhai; der Fisch soll präpariert und im Wittenberger Heimatmuseum ausgestellt werden.

Ehefrau erschlagen

In einem Unfall von geistiger Unmündigkeit erschlug ein 60jähriger Rentnerpflüger in Hanau seine ungeheuer gleichaltrige Ehefrau. Der Täter stellte sich der Polizei.

15 000 Mark gestohlen

Einkäufer entwendeten aus der Wohnung eines Berliner Sozialisten 15 000 M. Bargeld und wertvollen Schmuck.

Kostbarer Radioapparat

In Hamburg wurde bei einem Hotelbrand ein Radioapparat entwendet; der Besitzer, ein Artist, hatte in dem Apparat seine Ersparnisse in Höhe von 70 englischen Pfund verstreut.

Weihnachtsbilanz in USA

In den Vereinigten Staaten ereigneten sich während der Weihnachtsfeierlichkeiten zahlreiche schwere Verbrechen, Feuererbstattungen, Mordanschlägen, Schieberien und Brände 311 Personen kamen ums Leben, ungefähr 600 wurden verletzt.

Deutschendepose

Im Formosa-Distrikt der brasilianischen Provinz Rio Grande wurde ein großer Teil der Baumwolle, Tabak- und Getreideernte durch Deutschendepose vernichtet.

Ludwig Herterich gestorben

78 Jahre alt verstarb in Ebenhausen bei München der Maler Ludwig Herterich, einer der Hauptvertreter der ersten deutschen Sezessionsgeneration. Herterich, dessen Bilder von einer tiefen, lebensfrohen Naturanschauung zeugen und dessen dekorative Malereien ein beachtliches Vermögen erraten, wurde seit 1888 als Professor an der Münchner Akademie.

Protest gegen Breslau

Mit Prof. Cohn solidarisch

In der gestrigen Morgenausgabe der „Polischen Zeitung“ protestieren maßgebliche Professoren der deutschen Universitäten gegen den Beschluß des Senats der Breslauer Universität, der sich gegen den von den Nazisubstanten seit Wochen beschwerten rechtsstehenden Professor Cohn richtet. Der Beschluß kam zustande, weil Cohn sich kürzlich in einem Berliner Montagblatt unerbittlich von der Frage einer eventuellen Einreiselaubnis in Preußen nach Deutschland geäußert hatte. Cohn hatte zu dieser Frage weder positiv noch negativ Stellung genommen.

Die Professoren, die gegen den Breslauer Senat protestieren, sind der Professor der Theologie an der Kieler Universität Baumgarten, der Völkerechtslehrer an der Universität Hamburg Professor Wendelsohn-Barthold, der Volkswirtschaftler an der Kieler Universität Professor Harms und der Bannme Staatsrechtslehrer Professor Richard Thoma. Alle geben ihrer Entrüstung über die Haltung des Senats der Breslauer Universität im Falle Cohn Ausdruck.

Cohn bei Raehler

Der Breslauer Rektor nach Berlin gebeten

Nachdem am Freitag voriger Woche der seltsame Beschluß von Rektor und Senat der Universität Breslau gegen Professor Cohn gefaßt worden war, hat sich Professor Cohn nach am Freitag telephonisch beim Kultusministerium darüber befragt. Im Verlauf dieser telephonischen Unterredung wurde Prof. Cohn gebeten, nach Berlin zu kommen, um hier die Angelegenheit genauer zu besprechen. Diese Besprechung hat dann am Sonntag im Kultusministerium stattgefunden. Professor Cohn hat seinen Standpunkt dem mit der Wahrnehmung der Befehle des Reichskommissars beim Kultusministerium beauftragten Professor Raehler dargelegt. Nunmehr hat Professor Raehler den Rektor, den Professor und den Dekan der juristischen Fakultät an der Universität Breslau nach Berlin gebeten mit dem Ergebnis, ihn darüber aufzuklären, wie es zu dem Beschluß von Rektor und Senat gegen Prof. Cohn gekommen sei. Diese Besprechungen werden voraussichtlich in den ersten Tagen des Monats Januar im Kultusministerium stattfinden.

Heute Margarineverordnung

Alle Proteste der Verbraucher haben nicht verhindern können, daß der Zwang zur Verwendung von inländischen Fetten bei der Margarineherstellung ausnahmslos wird. Die Ermächtigung zur Einführung eines solchen Verordnungsmaßes soll heute erteilt werden. Es handelt sich zunächst um eine Ermächtigung für die Einführung eines entsprechenden Zwanges zur Verwendung von Butter, Talg, Schmalz oder Misch bei der Margarineherstellung. Die entscheidende Frage, die Größe des Quotenkontingents, der beigemessen werden muß, in

Mitwiffer des Fememordes

Eine Verhaftung in Jreitai

In Jreitai bei Dresden wurde bei einem Majorkanzler der SA-Mann Bormann aus Tarnstedt verhaftet. Bormann wird beschuldigt, den SA-Mann Schenk, den verurteilten Mörder des Nationalsozialisten Henrich, zur Flucht verholfen zu haben. Bormann war einer der Kronzeugen der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß gegen acht Reichsbannerleute, der dieser Tage zur Verhandlung kommen sollte, aber auf Grund der Reichsversammlung abgelehnt wurde.

Die Mutter des ermordeten SA-Mannes Henrich hat der Parteiliste der NSDAP, mitgeteilt, daß sie bei der Beerdigung ihres Sohnes weder ein Mitglied der Partei oder der SA, noch irgendeine Kranzspende von dieser Seite zu sehen wünschte.

Alteisenrat am 4. Januar

Der nationalsozialistische Reichsgruppenrat hat den Alteisenrat des Reichstags am 4. Januar einberufen. Der Ausschuss soll sich mit dem Termin der Wiederberufung des Plenums befassen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Reichstag wahrscheinlich Mitte Januar wieder zusammenzutreten wird.

Razi und Betrüger

Die Strafkammer in Sondershausen verurteilte den Aufzuchtberater Rudolf Wolfram wegen Amtsunterdrückung und Beilegung von Testamenten in vierzehn Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für zwei Jahre. Wolfram war ein eifriger Nazimann.

Das Krankenstift

Im Nord des britischen 18 000-Tonnen-Schiffes „Cameronia“ entstand während der fahrplanmäßigen Reise von Port-Blanc nach Antwerpen eine Infuenzazepidemie; von 900 Passagieren erkrankten 400.

Liebesdrama

Am Wiener Wald hat ein 22jähriger Student ein 15jähriges Mädchen erschossen. Der Täter stellte sich der Polizei. Er begründete sein Verbrechen mit verknüpfter Liebe.



Zeitunglesen ist Pflicht

Diesen Grund hat stelle kürzlich ein mittel-deutsches Gericht auf, vor dem sich ein Mann zu verantworten hat, der angeklagt war, die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise überschritten zu haben. Er entschuldigte sich damit, daß ihm nichts von der Festsetzung der Höchstpreise bekannt gewesen sei. Der vorortende des Gerichtshofes erklärte ihm aber, daß sei keine Entschuldigung; es sei vielmehr jetzt Pflicht eines jeden Staatsbürgers, Zeitungen zu lesen.

„Unkenntnis des Gesetzes schadet.“ So lautet ein alter Rechtsgrundsatz, der aufgestellt werden mußte, weil sonst immer mit der Erläuterung entschuldigen, sie hätten das Gesetz nicht gekannt. Deshalb verlangte der Staat in früheren Zeiten, ebenso wie heute, daß der Staatsbürger sich um die neu erlassenen Gesetze kümmere, und da heute auf die bequemste Art und Weise die Bekanntmachung von neuen Gesetzen und Verordnungen trotz Rundfunk durch die Zeitungen erfolgt, ist es Pflicht eines jeden Staatsbürgers, sich um den Inhalt der Zeitungen zu kümmern.

Das Lesen von Zeitungen hat aber noch einen weiteren Zweck und Wert als den, sich über neue Gesetze und Verordnungen zu unterrichten. Es ist in diesen Zeiten Pflicht eines jeden Menschen, unterrichtet zu sein über das, was in der Welt vorgeht, über das, was geschieht, nicht nur bei uns, sondern auch bei den Gegnern. Also: Les Zeitungen, weil es eine absolute Notwendigkeit ist, weil es, wie jener Gerichtshof sagte, heutzutage eine Pflicht für jedermann ist.

Woll über der werktätige Mann, die schaffende und wirtschaftende Frau im eigenen Klasseninteresse über die Vorgänge in der Welt unterrichtet sein, so gibt es für sie nur die sozialdemokratische Presse.

Darum: Les das „Volkstimme“!

Neue Ortslohnsätze nach der RVD.

Im Reichsgesetzblatt ist eine Verordnung veröffentlicht, die auf Grund des § 151 der Reichsversicherungsordnung erlassen ist und bestimmt, daß für die Zeit ab 1. Januar 1933 auf ein Jahr im ganzen Weise die Ortslöhne neu festzusetzen und. Eine Ausnahme besteht nur für die Orte, für die bereits mit Wirkung ab 1. Oktober 1932 neue Ortslöhne festgesetzt sind, es sei denn, daß sich der ortsübliche Lohn der Arbeiter seitdem wesentlich verändert hat. Die Ortslöhne sind auch im Verhältnis des Tarifvertrages wichtig, weil sie die Grundlage für bestimmte Leistungen in den Sozialversicherungen sind. Auch für die Lohnsteuer sind diese Ortslöhne wichtig, weil davon wiederum die ortsüblichen Sätze für Naturallohnleistungen, wie Wohnung und Verpflegung, abhängen. Zuständig für die Festsetzung des Ortslohnes ist das Oberverordnungsamt Merseburg.

SPD, Ortsverein Halle

Am Freitag, dem 30. Dezember, 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, eine erweiterte Vorstandssitzung mit den Bezirksführern und Bezirksassistenten statt. Bänzlich und vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Tagesbericht vom Braunen Kause:

Geld her, Geld her oder Du fliegst raus!

Wer mästet sich von Arbeitergroßen? Das große Heer der Nazisbenzen

Vor Weihnachten versuchte das hallische Naziorgan sich bei den hallischen Geschäftsleuten besonders beliebt zu machen. In schreibenden Entlassungen im Kopf der „Mittebezüglichen Nationalzeitung“ wurde es als ein großer Erfolg der Nazis hingestellt, daß angeblich der hallische Einzelhandel nur noch in dem Naziorgan „inferiere“. Man verschwiege den Lesern und auch den Geschäftsleuten in ihrer Gesamtheit, daß man wochenlang von einem Leben zum anderen gelaufen war und kriechend um Aufgabe von Inferieren in dem schwindensüchtigen Naziorgan zu jedem Preise gehen hatte. Erwiesenermaßen wurden, nur um die Inferienpaten einigermaßen füllen zu können, Inferate ohne jede Begünstigung aufgenommen. Den Geschäftsleuten erzählte man, daß man dies alles nur mache um der armen Geschäftsleuten zu helfen, ihr Geschäft wieder zu beleben, um den drohenden Mittelstand gegen die jüdischen Warenhäuser und marxistischen Konsumvereine zu schützen.

Wie die Sache aber in Wirklichkeit aussieht, geht aus einem der zahlreichsten Rundschreiben des Reichsleiters Gornowski-Stoninski hervor, die uns der bekannte günstige Wind jetzt sehr täglich auf unseren Redaktionsstisch weht. Hier ist nicht mehr die Rede vom „Schutze des drohenden Mittelstandes“, hier kann man ganz eindeutig lesen, daß diese ganze Aktion nur einen einzigen Zweck hat:

Geld in die leeren Kassen der Gewandben

zu bringen, damit die feinen Herren auch weiterhin handsgemäß leben und auftreten können. In diesem Rundschreiben an alle Ortsgruppenleiter, Zellen- und Blockwart vom 29. November 1932 sagt Herr Gornowski-Stoninski zunächst die üblichen Worten vom Stapel, um dann für die „Arbeitsgemeinschaft deutscher Geschäftsleute“ betriebe Propaganda zu machen. Es heißt dann wörtlich:

„Um die Kaufkraft unserer Anhänger zu organisieren, ersuche ich alle Amtsblätter, sämtliche Parteigenossen und ihre Familien regelmäßig mindestens monatlich einmal über die Notwendigkeit auszuklären, nur bei den Mitgliedern der RVD zu kaufen und sich bei dieser Gelegenheit die Karte vorlegen zu lassen, volle Karten einzuziehen und neue Karten auszugeben sowie Bestände zu melden.“

Die vollen Karten werden gesammelt, von den Ortsgruppenführern regelmäßig alle Monate bei der RVD zurückgegeben. Der Betrag aus dem Sperrmarkenverkauf an die Geschäftsleute ist zur Hälfte (je 0,30 RM für eine volle Karte) der Ortsgruppe, zur anderen Hälfte der SA-Nähe zur Verfügung gestellt. Alle im Umlauf befindlichen Karten sind sofort einzuziehen und neue Karten, die am 28. d. Mts. bei der RVD in Empfang genommen werden, auszugeben. Auf den Sperrmarkenverkauf der neuen vollen Karte ruht die Vergütung von 20 Pfennig.

Besonders die bevorstehenden Weihnachts-einkäufe müssen reiflos bei unseren RVD-Mitgliedern getätigt werden.

Ich ermahne von dieser persönlichen Aufklärung unserer Parteigenossen seitens der Amtsblätter, wobei diesen auch geeignete Geschäftsleute am besten gemacht werden können, einen vollen Erfolg dieser Anordnung. Jede Sabotage unseres Kampfes ist parteigefährlich und kann als solche verfolgt werden.

Heil Hitler!
ges.: Gornowski, Kreisleiter.“

Geld in die leeren Kassen! Das ist jetzt die einzige Sorge aller Nazisbenzen und ein „Befehl“ sagt den anderen, eine „Anordnung“ die andere. Man blickt sich bei allen Geschäftsleuten an, laßt ihnen das Geld aus der Tasche und fordert noch bei Strafandrohung auf, nur bei Nationalsozialisten zu kaufen. Die Hauptsache für die Nazis ist und bleibt das Geld!

D schnorr, so lang du fannst!

Nach laufen die Begehrt und die SA-Männer mit ihren Opferarten bei Sing und Saug, bei Gud und Christ herum, da ist schon wieder ein neuer Befehl des Gauleiters Jordan erschienen. Noch deutlicher als alles andere zeigt dieser neueste Befehl den wahren Charakter der „Arbeiter“-Partei. Die Mitglieder der SA und der Partei müssen jähornen gehen, damit die „Amtsblätter“, die so allein in Halle lebenden Formen ihr angenehmes Leben weiterführen können, damit sie weiterhin in blühenden Uniformen und in Luxusautos unterfordieren können. In ihrer Sprache heißt das dann „Kampf gegen die Bonzen“, die sich von „Arbeitergroßen mästen“.

Bis es war es bei den Nazis so, daß der volle Monatsbeitrag, den die vollen Bonzen Mitglieder zu leisten hatten, 1,50 RM betrug. Da zu kommen für alle Mitglieder, ganz gleich, ob sie in der SA waren, oder ob sie der SA-Mitglieder oder Handlanger angehörten, aber nur einfache Begehrt waren, 0,30 RM für eine Versicherung. Arbeitslose Mitglieder hatten 1,10 RM zu zahlen. Waren die Arbeitslosen auch dazu nicht in der Lage, das heißt, wenn sie Wohlfahrtsunterstützung bezogen und sich in der „Bewegung“ aktiv beteiligten, wenn sie „Amtsblätter“ oder „Angehörige der SA“ waren, so bezahlte die Ortsgruppenleitung diesen Beitrag für sie an die Gauleite. Das gibt es jetzt nicht mehr.

Der neueste Befehl des Gauleiters Jordan, den viele Nazis noch nicht kennen werden, da er jenseitlich herausgelassen worden ist, hat diese Regelung der Beitragszahlung beseitigt und eine neue eingeführt. Für die Arbeitslosen, die nicht in der Lage sind, ihren Beitrag zur Unterhaltung des großen Bonzenapparates zu zahlen, bringt die Ortsgruppenleitung nicht mehr ein, diesen Arbeitslosen hat die Gauleitung eine neue Sammelkarte in die Hand gedrückt, auf der je nochmals Geld schnorren müssen. Das auf dieser Karte gesammelte Geld wird ihnen dann auf ihren Beitrag angerechnet. Die Höhe des anzurechnenden Betrages richtet sich nach der Höhe des gesammelten Jahres.

In der Offentlichkeit kämpft man unentwegt gegen die „letten Bonzen“, die sich von „Arbeitergroßen mästen“. Man hat sich aufeinander nur

in der Richtung geizt. Diese letzten Bonzen leben nicht in den Gewerkschaftshäusern nicht in den Parteibüros der RVD. Die letzten Bonzen leben in den Braunen Häusern selbst. Dort werden die Arbeitergroßen betragt, dort mästen sich die Bonzen, die den jähornen Titel „Amtsblätter“ tragen. In Luxusautos — für deren Betrieb die Mercedes-Werke, der „Benzoltrieb“ und andere Unternehmer durch Stellung von Chauffeuren oder Betriebsstoff sorgen — laufen sie in ihren blühenden Uniformen von Veranstaltung zu Veranstaltung und schwingen große Heben von Kameradschaftlichkeit. Und die Trolche an gehen mit gerissenen Zielen und mit gereiftem Klart das bezugsfähige Geld zu nehmen, schornen, weil die Unternehmer nicht mehr so zahlungswillig sind wie noch im Mai.

Wenn die Schornerei auf den weißen und gelben Opferarten, auf den Sammelkarten der arbeitslosen Begehrt so weiter geht, dann wird sicher bald ein neuer Befehl der Gauleitung herantommen, in dem es heißt:

„In der letzten Zeit ist es mehrmals zu Vermählungen der verbliebenen Opferarten gekommen. Damit diese Schornerei aufhöre, ordne ich an, daß die Mitglieder der Partei und der SA, die Sammelkarten in folgender Ordnung bei sich zu führen haben:

- 1. Die drei weißen Opferarten, die vollständig im Werte von 6 RM abzuliefern sind, sind in der rechten Brusttasche des braunen Bundes zu tragen.
- 2. Die gelbe Opferkarte ist in der linken Brusttasche zu tragen.
- 3. Die Sammelkarte der arbeitslosen Mitglieder ist in der rechten Brusttasche der Dose zu tragen.

Zur Kontrolle dieser Anordnung wird bei der Gauleitung die Kartenfortschreibung errichtet. Als Leiter der Abteilung bestimme ich den Hg. Stubinitz, der die Unterleiter der Abteilung heißt erennt.

Heil Hitler! Jordan, Gauleiter.

Die Stinkhott

Unentwegt Nazis marken getrennt abend die Scheiben des Ausgabensystems des „Volkstimme“ an Gewerkschaftshaus durch Zeimwürfe ein. Nichts zeigt besser als diese Scheiben, wie unsere Verordnungen in den Kreisen der Nazis gelten werden und wie sie gemittelt haben. Wir werden uns Mühe geben, diese einseitige Arbeitsbeschaffung der Nazis weitestgehend durch weitere Belanngungen zu fördern.

Der Straßenkehrer auf der Sammeltag

Einem Schmeißer Großschäcker passierte gestern mittag von Wahren, daß sich bei der Reinigung an der Straße des mit Sammelkarten beladenen Anhängers löste. Dadurch fielen mehrere dieser fetten Tiere auf die Straße. Ein Hund, der die Hoffmeisterkarte zur Zeit wenig Bedarf anholte, sonst wäre es sicherlich eine weiteren Schaden abgelaufen. Erst durch die Mühselig eines dort beschäftigten Straßenkehrers war es dem Besitzer möglich, sein Eigentum wieder einzufragen. Wog der Lohn für die Mühe war sehr mager, obwohl erst der betreffende Straßenkehrer den Großschäcker auf sein Maßwerk aufmerksamer gemacht hatte. W. A.



Juno ist die rechte Helferin.

weil sie mit dem würzigen Aroma ihrer herrlichen Tabake und der köstlichen Frische ein wenig Freude in den grauen Alltag bringt.

Diese Vorzüge der

JUNO

von Qualitäts-Rauchern gerühmt und anerkannt, sind allen Freunden der guten Josetti-Cigarette so wichtig, daß sie bewußt Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickerpeien ablehnen!

Vertrauen Sie ihr!



Trauriger Retord für Halle

Die Dauer der Arbeitslosigkeit in deutschen Großstädten

Weder die Frage, seit wann eine Massenarbeitslosigkeit besteht, und inwieweit sie in den einzelnen Städten in ihrer Höhe voneinander abweicht, hat der Deutsche Städtetag eine Berechnung vorgenommen. Er hat dafür Daten und Zahlen über die Dauer der Arbeitslosigkeit in nur einigen Großstädten herangezogen, die sich zum Vergleich eignen. Es handelt sich um die Städte Hamburg, München, Hannover und Halle, aus anderen Lagen liegen Zahlen über Stuttgart, Bodum und Dresden vor.

Nach dieser Aufstellung des Deutschen Städtetages ergibt sich, daß der größte Teil der Arbeitslosen mindestens 1 bis 2 Jahre arbeitslos ist, und zwar liegt Hamburg mit 51,8 Prozent an der Spitze, während Halle mit 47,6 Prozent, Hannover mit 35,5 Prozent, München mit 28,8 Prozent, Stuttgart mit 22,8 Prozent, Bodum mit 40,5 Prozent und Dresden mit 28,9 Prozent an der Mittellinie figurieren. Die Statistik legt aber auch, wie groß die Zahl der Wohlfahrtsverweigerer, die nun schon annähernd drei Jahre ohne Arbeit

sind, ist. Sie beträgt in München 38,4 Prozent, Halle 27,1 Prozent, Hannover 18,9 Prozent, Bodum 29,7 Prozent, in Stuttgart 15,5 Prozent und in Dresden 21 Prozent. Eine mehr als dreijährige Erwerbslosigkeit war nur schwer festzustellen, weil die statistischen Erhebungen von den in Frage kommenden Städten nicht lückenlos vorliegen. Immerhin ergeben sie ein einigermaßen zureichendes Zahlenbild.

Eine mehr als dreijährige Arbeitslosigkeit existiert in Hamburg im Umfange von 3,9 Prozent, in Hannover von 3 Prozent, in Halle von 1,5 Prozent, während München 10,9 Prozent, Stuttgart 5,4 Prozent, Bodum 9,9 Prozent und Dresden 21 Prozent aufweisen. 1% und einjährige Arbeitslosigkeit ist proportional gesehen nicht ganz so in erheblichem Maße festzustellen, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß der größte Teil der Erwerbslosen schon seit längerer Zeit in der Arbeitslosigkeit verharren. Hier liegen nur die Zahlen für Hannover mit 29 Prozent, für Hamburg mit 18,2 Prozent, für München mit 14,8 Prozent und für Halle mit 10,2 Prozent vor.

mündigen Abschlußprüfungen für die zweite Kommunalen-Direktoren-Prüfung hat, hiermit wurden zwei Oberreferendarjahre zu Ende geführt, die seit Oktober 1931 bzw. seit April 1932 an der holländischen Verwaltungsschule liefen.

Von den zur mündlichen Prüfung zugelassenen 31 Schülern befanden folgende 28 aus Halle: Arndt, Hofmann, Rodorf, Schmidt, Beck, Pfister, Gerthoff, Gräfe, Große, Kaufmann, Karl, Kauder, Otto, Raude, Reumeyer, Rendorff, Rudolph, Seide, Schöber, Schumann, Spengler; aus Annaberg: Barm, Meyer, Schmidt; aus Diemitz: Raspe; aus Leipzig: Dornoth, Volkmann; aus Wittenberg: Sausler, Reiert; aus Tangerhagen: Wante.

Der nächste Oberreferendar-Bezgang an der Kommunalen Verwaltungsschule in Halle beginnt Anfang April 1933.

Billig nach Harz und Thüringen

Kundtreuekarten bei der Reichsbahn
Am 1. Januar 1933 an unternehmend die Reichsbahnverwaltung Halle einen neuen Versuch zur Vergütung von beliebigen Reisen, indem sie für den Harz und Thüringen 19 verschiedene Kundtreuekarten mit einer Fahrpreiermäßigung von 25 Prozent ausgab. Die Karten betrafen nur für bestimmte Verbindungen und müssen erst 3 Tage vorher bestellt werden. Geld- und Schnellzüge dürfen gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages benutzt werden. Die Geltungsdauer der Karten beträgt für Entfernungen bis 200 Kilometer 15 Tage, für größere Entfernungen 30 Tage. Die Fahrt kann mit der Kundtreuekarte auf einem beliebigen Bahnhof des Reisegebietes in der einen oder anderen Richtung angetreten, sie muß aber in der einmal eingeschlagenen Richtung durchgeführt werden. Fahrunterbrechungen sind innerhalb der Geltungsdauer beliebig oft und beliebig lange zulässig. Eine Kundtreuekarte Halle-Mühlhausen-Halberstadt-Bernburg-Blankenburg-Bad Dargatzburg-Goslar-Seyersberg-Nordhausen-Verga-Kelbra-Zangerhausen-Eisenach

relaufen, schließlich habe er ältere einsteigende Frauen ihre Handtaschen entnommen. Dann habe er einmal den Versuch gemacht, ein Kavalier hinzuworfen, um ... Ra, er schaltete verlegen. Die ... ihm das einsetzten. Weil er schon einmal vor langen Jahren wegen eines ähnlichen Vergehens ins Gefängnis gewandert war.

„Und wie lange bist du hier?“
„Als Strafgefängnis ein halbes Jahr.“
„Was heißt das ... als Strafgefängnis?“
„Ra, ich war früher hier, als ich alle.“
„Strafgefängnis wurde aufmerkm. Was von seiner Arbeit auf die darin bestand, Verbände vorzubereiten und Instrumente im laufenden Wasser zu entfernen.“
„Wie warst du schon vor uns da?“
„Ich hab' doch von dem Dreifachen mit gebaut.“
„An der Anstalt? Was hast du denn gemacht?“
„Was Elektriker, habe die Alarmleitungen gelegt.“
„Stranovic ließ die Schere sinken. „Die ... die Alarmleitungen? Hast du noch eine Ahnung davon?“

„Alles weiß ich, jeden Draht. Wäre doch traurig, wenn ich es nicht wüßte. Der Monate gedauert, es fix und fertig war.“
Der Kaffaker ging zur Tür, drückte kein Ohr dagegen. Der Aufseher war nicht in der Nähe.

„Dort einmal, Pietner“, wandte er sich dann selbst an den Kameraden, der für ihn plötzlich so große Bedeutung gewonnen hatte, „heute um fünf oder sechs läßt der Aufseher kommen und sagt, die Band läßt die mich, du mußt mich nachhaken lassen, ob sie nicht angekommen ist. Dann wird man dich hierher führen. Alles andere ist meine Sache. Und inwieweit verhält sich der Kopf darüber, wie man die Alarmleitungen am besten außer Betrieb setzen könnte.“

Dieser Zufall half Schulz und seinen Kameraden über das letzte Hindernis hinweg, das sich bisher unüberwindlich zwischen ihnen und ihren Zielen erhob. Die Alarmleitungen! Dieses gewaltige System, das die Zentrale insoweit fest, alle Bewegungen in dem weitverbreiteten Gebäude zu kontrollieren! Wer hatte die Anlage bisher geplant, wer hätte auf die Frage antworten können, wie man sie unbrauchbar machen würde? Einmal wußte man um die Lage jenes Drahts. Das feierliche Stirn der Strafanzalt lag blank, war verdundert geworden. Dieser Pietner, ein Kerl mit einem selbstherrlichen Gesichtsausdruck, legte Zeichnungen an. Da ... hier ... waren

Halle (348 Kilometer) kostet beispielsweise in der 3. Klasse 10,40 RM.

Weihnachten 1932

Die Weihnachtsfeier der Invaliden.
Es muß immer wieder mit Freude festgehalten werden, daß die Veranstaltungen des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden auf einer familiären Höhe stehen und einen Besuch aufweisen, der noch als eigener Stolz betrachtet werden kann. Die Veranstaltung durch die Zusammenkunft der Mitglieder bildet. Trotz der Not der Zeit war es möglich, den Sozialzentren eine kleine Spende zu bieten und ihnen Kaffee und Kuchen vorzubereiten.

Nach der bewährten Leitung des Kapellmeisters Zisching wurden festemäßig Musikvorträge einer starken Kapelle gegeben. 120 Kinder des Kinderchors der Arbeiterstadt und der 30 Kinder der Sammelkinder-Roth erfreuten die Gäste durch ihre schönsten Lieder. Zwei kleine eigene Kinder in ihren Eltern erblickten. Es wäre zu wünschen, daß alle Sozialzentren sich dem Zentralverbande der Arbeitsinvaliden anschließen, wie Goulette Tito Ridel in seinen Festschreibungen sagte.

„Ich bitte ums Wort!“

Zuschriften aus unserem Leserkreise

Befragt die Arbeitslosen

Zur Kritik am Arbeitsamt Halle
Vor einiger Zeit entsand ich an dieser Stelle ein Bild des Arbeitsamtes Halle, wie es der Arbeitslose vom Korridor des Gebäudes aus sieht. Ich kam zu dem Resultat, daß vornehmlich die äußersten Ecken eines nicht geleiteten Betriebes bemerkbar sind. Die Ecken zeigen auf Abwendung durch Leitung, Verwaltungsverhältnisse, Betriebsverhältnisse der Beschäftigten und scheinen mit geringem. Denn eins scheint mir vor allem notwendig zu sein:

Die Schranken zwischen Arbeitsamt und Arbeitslosen müssen fallen

Man kann kaum erwarten, daß die Leitung des Arbeitsamtes gleich einem Dampf im Wald, unerwartet von den Arbeitslosen, aber mitten unter ihnen, zu erkennen vermag, ob die behördliche Maschine richtig arbeitet, aber man wünscht sich, daß das Arbeitsamt seine Wege gibt, die den Arbeitslosen vom Amt fernhalten sollen. Wenn man sich nicht in die Angelegenheiten des mündlichen Auszustellens, so daß die Menschen schon frundenhaft vor Anfang der Sprechstunden ansetzen, nur um Rat zu erhalten? Warum verweist man die Auszustellenden auf den schriftlichen Weg? Nur wenn der Mensch die Möglichkeit hat, sich zu beklagen, bezugnehmend auf die Arbeitslose, wird die Leitung des Arbeitsamtes damit demotivieren, daß ein solch gespannter Zustand zwischen ihr und den Arbeitslosen besteht?

Hier komme ich mit einem praktischen Vorschlag, was man hier erreichen, vielleicht nicht nur der Leitung des Arbeitsamtes selbst, vielleicht auch manchem Arbeitslosen. Hier der Vorschlag: Neben all den vielen Bekanntmachungen, die in den Amtsstunden und Korridoren des Arbeitsamtes hängen, wird im Laufe des Jahres vier oder fünfmal die Aufforderung, an die Arbeitslosen gerichtet, sie möchten in kurzen schriftlichen Notizen, die dem Briefkasten des Arbeitsamtes anzuvertrauen wären, auf die jeweils

Notenpunkte, wo sich Drübe aus Stagen, aus Korridoren und Diensträumen trafen. Wenn es gelang, diesen Punkt mit einem Wechsel durchzuschlagen, schmeiß die Leitung auf eine weite Strecke hin. Wozu das es Kaffaker, was wurde, ging in diesen Tagen auf Urlaub. Sie vor von einem Aufseher ins Bad, zum Arzt, zum Lehrer, in die Schulen geleitet? Der Preußische Staat hat nicht die Mittel, das Personal zu verdoppeln, folglich müßten einzelne Beamte tun, was man über sich bedurft hätte.

Von der ungenauen Arbeit, die der Doktor in diesen Tagen leistete, merkte selbst die Intelligenz der Umgebung nichts. Er gab jedem eine Aufgabe genau umfassen an, ohne anderen Einblick in das Ganze zu gewähren. Er handelte wie ein Feldherr, der einen Durchbruch der feindlichen Stellung beabsichtigte und seinen Dispositionen Befehle erteilt. In seinem Kopf vereinigte sich viele Einzelheiten zu einem der wunderbarsten Aufbruchpläne, die jemals ein Gefangener gegen diejenigen erlitten hat, die ihn und andere zu überwandern haben.

Wieder half ihm ein Zufall: der Inspektor Reimann, der polizeiliche Gewalt in Händen hatte, soweit sie in der Anstalt oder draußen bei den sogenannten Außenkommandos, den Arbeitslosen, wurde, ging in diesen Tagen auf Urlaub. Sie fürchtete Schulz wie die Pest. Er war der einzige, der den Doktor beargwöhnte. Er war auch von einer unbegreiflichen Zartheit. Reimann gehörte zu denen, die sich lieber hätten in Zelle haben lassen, als zu haben, daß etwas schief ging.

Seine Unwissenheit bestimmte den Termin der Reimann'schen Besuche. Die Minute wie ein Mathematiker heranz. Alles, was er tun konnte, eine bestimmte Zeit mühen sich sonndlich Strafgefängnis zum Bad werden andere zum Arzt, wieder andere mühten zu dieser Minute in einem der Dose langzuerstehen und einen Teil der Aufmerksamkeit der Inspektoren hatten die Aufgabe, die Stellen an der Alarmleitung zu versehen, die man ihnen gemacht getrennt haben, jedoch nachschließen, die bereits seit Wochen vorbereitet waren, sollten bestimmte Zellen geöffnet werden, besonders Gemeinschaftsräume. Um die angegebene Werte waren sie in der Anstalt anwesend, bis sie sich nicht aufpassen zu lassen und sich der Aufseher durch Überfall zu entziehen. Ihnen war jeder Schritt vordereiben. Drücken auf den Knopf, abwarten hinter der Tür, bis der

Weihnachtsfeier des „Hilfsvereins“

In der „Halle am Drei Degen“ hielt am 2. Dezember die Hilfsverein-Sommer-Bezeichnung ihre Weihnachtsfeier ab. In der multifunktionalen Ausgestaltung der Feier wirkte außer dem Säuglings-Quartier die Hallische Gefängnis- und Musikvereinigung, die unter Leitung von Chorleiter Zimmerer Werke von Papst, Dandel, Pöschgen, Sommer und Reichardt zum Vortrag kamen. Die Weihnachtsfeier wurde von Walter Kämmerer, der als Vorsitzender seines Vateres Vorsitzender des Vereins gewonnen ist, auf das langjährige Gedenkbild der 1876 gegründeten Vereinigung hinzielen. Nach gemeinsamem Singen Weihnachtslieder und einer Ansprache wurden 30 bedürftige Männer, Frauen und Kinder mit allerlei Nützlichem bedacht.

Stenographen-Weihnachten

Zu Neumarkt-Hilfsverein veranfaßte die Stenographen-Arbeitsgemeinschaft an der Städtischen Handelsschule Halle eine Weihnachtsfeier. Nach multifunktionalen Vorbereitungen und Gesangsvorträgen kam der Weihnachtsmann, dessen Aufgabe nicht leicht war, da er über 300 Pakete an die Verammelten anstellen mußte. Die Anwesenden blieben dann noch bei Tanz längere Zeit zusammen.

Die Post war dem Weihnachtsverkehr nicht gewachsen

Von verschiedenen Seiten haben wir Mitteilung erhalten, daß die Paketlieferung zu Weihnachten diesmal gar nicht geklappt hat. Es traten Verzögerungen ein, die sich nur darauf zurückführen lassen, daß die Post dem veränderten Paketverkehr nicht gewachsen war. So wurde etwa ein Paket in Leipzig am 20. aufgegeben, aber erst am 24. Dezember in Halle ausgetragen. Das ist nur ein Fall von sehr vielen, es ist auch vorgekommen, daß von zwei Paketen, die ein Absender hintereinander versandt, das zuerst ankam, das später abgeholt wurde.

Wir können uns die Verzögerungen nur durch den starken Personalabbau erklären. (Zur Anurteilung der Wirtschaft!) Während in früheren Jahren der Weihnachtsverkehr immer zufriedenstellend klappte, waren in diesem Jahre anscheinend nicht mehr die Verzögerungen natürlich für Geschäftsleute, die verschiedene Beteiligungen nicht ausführen konnten.

Paketlieferung klappte nicht

Die Post war dem Weihnachtsverkehr nicht gewachsen.

Von verschiedenen Seiten haben wir Mitteilung erhalten, daß die Paketlieferung zu Weihnachten diesmal gar nicht geklappt hat. Es traten Verzögerungen ein, die sich nur darauf zurückführen lassen, daß die Post dem veränderten Paketverkehr nicht gewachsen war. So wurde etwa ein Paket in Leipzig am 20. aufgegeben, aber erst am 24. Dezember in Halle ausgetragen. Das ist nur ein Fall von sehr vielen, es ist auch vorgekommen, daß von zwei Paketen, die ein Absender hintereinander versandt, das zuerst ankam, das später abgeholt wurde.

Wir können uns die Verzögerungen nur durch den starken Personalabbau erklären. (Zur Anurteilung der Wirtschaft!) Während in früheren Jahren der Weihnachtsverkehr immer zufriedenstellend klappte, waren in diesem Jahre anscheinend nicht mehr die Verzögerungen natürlich für Geschäftsleute, die verschiedene Beteiligungen nicht ausführen konnten.

Außer erschien! Dann ein Sprung, Griff nach seiner Dienstpflicht. Ein Stoß, der den Mann in die Zelle hinein schleuderte, sollte die Aktion so weit abbrechen, daß ein Aufsehen der Zellen nicht genüge, um aus dem Aufseher einen Gefangenen zu machen.

Ein Wunder war es, daß die Leitung der Anstalt von all denen im Stich gelassen wurde, die ihr sonst einen Hintz zu geben pflegten, wenn etwas Derartiges geplant war. Aber der Umfang des Unternehmens verblüffte selbst die Vertreter. Wenn sie wußten, wo sie ihnen bedorfen, wäre die Anstalt nicht so leicht in die Luft gegangen. Und endlich trafen sie im Dunkel, denn man schaltete sie nach Möglichkeit aus.

Eines Morgens ... es war am achtzehnten Mai ... hielt Halle einen Kaffaker von markanter Größe in Händen, den ihm selbst mit dem Schlüsselzug zugleich angeheft hatte. Daran stand nichts anderes als: Neumannswanzigen Mai, fünf Uhr siebenundzwanzig Minuten! Langer Griff der Sten!

10.

Halle verstand, was dies zu bedeuten habe, aber er nahm die Postzeit gelassen hin. Nach hatte er sich zu nichts verpflichtet, obwohl er wußte, welche Rolle man ihm zugodacht hatte.

Er sollte mit dem Aufseher fertig zu werden trachten, dann so schnell wie möglich zur Zentrale hinunterlaufen und mit anderen Strafgefängnissen, die sich dort einfinden würden, die Beamten am Hauptort übermitteln. Es klang einfach, aber es war wohl eine der schwierigsten Aufgaben, die der Weg bis zum Hauptort durch viele Gassen abgegriffen war. Fast jeder Korridor war eine kleine Festung für sich. Wenn die anderen Strafgefängnisse nicht fortgesetzt arbeiteten und die einzelnen Wächter nicht auftrifften, kam Halle nicht weit. In der Zentrale ließ er sich Wasser, während der Aufseher in der Zentrale über den Beamten verfügte. Das gerade zu diesem Zeitpunkt eine Abteilung Maurer am Durchbruch der Wand zwischen der Zentrale und den danebenliegenden Aufnahmestellen beschäftigt sein würden, stand nicht fest. Es waren ja kein Beamten auszuweisen. Festhalten sie, wo waren die Folgen nicht abzusehen. Dann gab es an diesem Punkte der Antwort vorstimmt Tote und Verwundete.

(Fortsetzung folgt.)

Aufbruch in Kraneberg

Roman einer Zuchthausrevolte

Von Werner Scheff.

Copyright 1930 by W. H. Schömann Verlag, Leipzig 29. (Nachdruck verboten.)

Das begann früh am Morgen und endete spät am Abend, wenn es die Dämmerung gerade so mit ihr erlöste. Zu allem, was Balke bedrückte, trat noch noch diese Dual. Er konnte an nichts anderes denken, solange er Klatow draußen auf der Wache war. Er hätte am liebsten kein Frühstück annehmen, wenn er die Stimme des roten Aufsehers hörte. Und auf dem Weg zur Zelle, wenn der Arbeit, hätte hätte er den Blick darauf auf sich ruhen und harte Worte, die nie ankommen würden.

All das arbeitete an ihm, schwächte seine Widerstandskraft. Das wußte er, ihm ins Kaffaker jeder seine Freunde aus dem Quartier. Es waren nicht mehr die Handbettel, an alle gerichtet, sondern die ständigen abtötenden Bittgesuche von Klatow oder Zehn. Der Doktor behandelte Balke fest so, als sei er einer der übrigen. Dadurch erfuhr auch der Premier von der großen Verbannung, die der Premier einer gewaltigen Verletzung in diesen Tagen nahm.

Es war ein entscheidendes Ereignis, als in der Zuchthaus in Kraneberg ein Mann namens Pietner eingekerkert wurde, aber der Zeitpunkt seiner Abgabe in die Strafanzalt lag einige Monate vor Balke's Erscheinen zwischen den roten Mauern. Endlich wurde die Wichtigkeit des Pietners, als er sich bei der Arbeit an der Wand verlor, und zum Verdrüß seiner Wunde ins Quartier geführt wurde.

Nach ihm in eine halbe Stunde im Zimmer Stranovic liegen, weil der Aufseher, dem er anvertraut war, draußen beim Verlassen von geflohenen Wachen zu tun hatte, die mit dem nächsten Transport nach Berlin abgeben sollten. Der Erste ging mit dem Namen ein vorläufiges Gespräch an, um zu verhandeln, was Pietner, inwieweit dieser keine, abgearbeitete Wandwerker in die Abteilungen der Aufsichtszentrale eingeweiht sei. Da ergrübelte Pietner, er habe vor zwei Jahren seine Stellung verloren, sei hungernd herum-

Eilenburg

Sozialistisches Weihnacht

Am 1. Weihnachtstag hatten die sozialistischen Freunde in einer Winterabendfeier...

Kreis Jorzan

Vorgang (Stadt)

Ueberfüllte Volkshoch-Beranstaltung

Wie alljährlich am 1. Freitag veranstaltete auch in diesem Jahre der Volkshoch Jorzan...

Sonntagsfahrten nach Jorzan

Einem langen Wunsch vieler Bewohner dieser Verkehrsgebiete hat die Reichsbahn durch...

Eine Wohnlaube abgebrannt

In den Gärten an der Hofstraße brannte in den Vormittagsstunden des ersten Feiertages...

„Nichte“ Sportler auf Reisen

„Nichte“ Halle gegen „Vorwärts“ Fernerleben 10:9

Handball

Beide Mannschaften waren am 2. Feiertag in Magdeburg vor etwa 1000 Zuschauern...

Flammen. Das Feuer konnte sich durch große Folgerungen, Stroh und Dachpappe...

Schnelle Aufklärung eines Einbruchs

In der Nacht vom 19. zum 20. Dezember wurde in dem Speicher des Kornhauses...

Kreis Liebenwerda

Feuer auf einem Rittergut

Jallenberg. Auf dem hiesigen Rittergut sind am Sonntag die Gebäude vor dem früheren...

Auf falscher Spur

Hörselberg. Durch einen Zeugnisausspruch der Polizei gegen die Wirtin Franz in...

Reichsverband und wir

Die Frage, wie sich das Proletariat zur proletarischen Weltanschauung stellen soll...

Der Kampf um die Arbeiterklasse

Die letzte Entscheidung wird immer aus einer geistlichen Situation geboren werden...

Die Stellung zum Antirutorium und zum Wehrsport

Die Stellung zum Antirutorium und zum Wehrsport ergibt sich aus unserer sportlichen Grundhaltung...

Handspiele im 6. Bezirk

Ein feines und ruhiges Spiel, bei dem die Spieler immer im Vorteil waren. Die Tore konnten nur bei Belieben getreten werden...

Stand der Bitterfelder Handballer

Wenn wir früher immer betonten, daß hier die Wehrschichtfrage vollkommen klar liege...

In die Vereins-Berichterstatter des 6. 7. und 8. Bezirks

Das Jahr geht zu Ende. Da werden in den Sportvereinen die Berichterstatter für das Jahr 1933 gewählt...

Handball

Der Gastgeber legte sofort eine lebhafte Spielweise an den Tag. Reichlich mit Erfolg spielend...

Handball II - Reich 1:6 (3:1)

Beide Mannschaften lieferten ein abwechslungsreiches und unterhaltsames Spiel. Das Resultat entspricht dem Spielverlauf.

Handball I - Lucius 1:6 (3:1)

Reich trat in seiner alten Aufstellung auf den Platz. Nach 3 Minuten konnten die Gäste einen Unheilbaren Schaden...

Handball II - Lucius 1:6 (5:1)

Die Gäste waren den Jahn-Leuten nicht gewachsen.

Handball-Berichterstatter im 7. Bezirk

Trotz wiederholter Abwesenheit aus dem Berichterstatterum die Vereins-Berichterstatter...

Berichte deutlicher schreiben! - Keine Abkürzungen verwenden!

Sperrung

Nichte Halle (Handball) lud am 1. Januar 1933 13 Uhr Gegner auf...

Sportliche Kameraden

6. Bezirk (Handball) spielte am 1. Januar 1933 14 Uhr...

Vereinsmitteilungen

Nichte Halle (Handball) heute abend 8 Uhr: Veranstaltung im Sportklubhaus.

Eltern, denkt daran!

Die Organisation Eurer Kinder ist die Sozialistische Arbeiterjugend

Rund um den Erdball

Höhenflüge ohne Todesgefahr? Die Einwirkungen der Höhenluft. Nach den jüngsten Beobachtungen des englischen Physiologen Prof. Leonard Hill...

Laß nicht andere allein arbeiten!

Forsche selber nach, wer in Deinen Bekannntenkreise noch nicht Leser des Parteiblattes ist. Jeder neue Leser kräftigt die Macht der SPD.

Was gibt es Neues auf Welle Welt?

Rund um den Funk

Die europäischen Sender beugen sich gegenseitig immer mehr in dem ihnen zugewiesenen Wellenraum. Die immer mächtiger werdenden Kleinsender bedrohen ihre Nachbarn auf der Wellenfrequenz. So übertrifft der neue Leipziger Sender seinen Nachbarn Dabitzsch bereits, doch man den unmittelbaren Sender jetzt in der Nähe von Dabitzsch kann noch weiter empfangen kann. Die räumliche Sendefähigkeit hat sich mit einem europäischen Profest an die nach ihrer Zielung zuzählenden Stellen gewandt. Welche kann jedoch im Augenblick nicht geschaffen werden, es sei denn mit Veräußerung recht ausgefallene Stelle gibt. Die einen solchen Streitfall schloßen konnte. Die Verteilung der verfügbaren Wellenlängen beruht auf freier Vereinbarung zwischen den beteiligten Ländern.

Auch die Mariner Internationale Konferenz für Fernschiffverkehr konnte der Wellenlängen Europas nicht abstellen. Sie war dafür nicht zuständig. Eine endgültige Vereinbarung der europäischen Wellenlängerkonferenz wird erst auf einer europäischen Funkkonferenz im Sommer 1933

Blutlat in Dohum

Eigener Bericht

Dohum, 27. Dezember.

In der Nacht zum ersten Weihnachtsfest wurde in Dohum der Bergmann Engelst in der Wohnung seines Schwagers durch das Fenster erschossen. Zwei Personen wurden am ersten Weihnachtsfest zum dem dringenden Verdacht der Täterschaft festgenommen.

Die Polizei vermutet in der Tat einen politischen Mord. Engelst, der parteilos ist, feierte bei seinem Schwager Contura, der der NSDAP angehört, Weihnachten. Contura war kürzlich an einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten beteiligt. Die Polizei nimmt nun an, daß die Kugel ihm gegolten habe, zumal kurz vorher von kommunistischer Seite Drohungen gegen ihn ausgehoben worden waren.

versucht werden. Man darf hoffen, daß dort auch dem unerfahrenen „Kethertrier“ ein Ende gemacht wird, indem man der ständigen Aufzählung der Sendeeinrichtungen Schranken setzt.

An die Mitteilbarkeit der Hörer appelliert der Finanzdirektor und Sparmannwart des deutschen Rundfunks, Ministerialrat Leberle. Man soll keine Herabsetzung der Rundfunkgebühren verlangen, schreibt Herr Leberle, denn es anfalls schon ein harter Einnahmesturz durch die meisten arbeitenden Arbeitnehmer, die von der Zahlung befreit sein. Wer die Gebühren bezahlt, hat den, daß er für die Arbeitslose mitbezahlt. Diese Wohlstandsoverteilung bereitet aber dem Hörer kein Vergnügen, weil er weiß, daß er in Wirklichkeit jene nicht unerheblichen Kosten bezahlen muß, welche von der „Reinordnung“ des Rundfunks verursacht wurden. Diese überlegen noch das bisher bekannte Maß durch eine unangehörige Last, die der Sozialdemokrat Müller in der letzten preußischen Bundtagsdebatte mitteilte: die zu Arbeitslosen erkrankten Gläubiger des Herrn Schöck bezahle ein um 6000 Mark höheres Abschlag als die bisherigen Arbeitslosen.

Am Gegenpart zu Deutschland, wo der Rundfunk so mäßiglich registriert wird, gibt es beim Herreichenden Rundfunk ein demokratisches Kontrollorgan, den Radiobrat. Als ausgesprochene Hörervertretung fungieren in diesem Rat die Delegierten der Radiobereine. In dem jährlich zu wählenden Radiobrat haben die jetzt vier Vertreter des Arbeiterlabordiums, vier des Katholiken und ein Vertreter des „neutralen“ Radiobereins. Nun haben die neugebildeten Gruppen der Nazis und der Heimwehren Siege und Stimmen im Beirat verlangt, nachdem im September die Amtsperiode des Beirates zu Ende war. Das hat zu Auseinandersetzungen geführt, die noch nicht geschlichtet sind, so daß der Wiener Sender seit drei Wochen ohne den gefälligen vorgeschriebenen Beirat arbeitet. Diese Konflikt-situation nehmen gewisse Kreise zum Anlaß, auf die Reinordnung in Deutschland als ein beachtenswertes Beispiel zu verweisen. Wir können die Deutscher nur nachdrücklich vor Nachahmung warnen.

Der holländische Arbeiterradiobund stellt seine Sendestunden u. a. der holländischen Beamten-gewerkschaft für ihren Kampf gegen die reaktionären Sparmaßnahmen der holländischen Regierung zur Verfügung. Wenn die Regierung jetzt allmählich zurückweicht, so ist das nicht zuletzt ein Erfolg dieser Propagandamöglichkeit der Gewerkschaft.

In Chicago besitzen die amerikanischen Gewerkschaften einen eigenen Sender. Er mußte bisher eine Wellenlänge benutzen, die auch von anderen Sendern verwendet wurde. Nach sechs-jährigen Bemühungen ist es nunmehr gelungen, für den Gewerkschaftssender eine eigene Welle freizugeben.

man. Im Zusammenhang damit soll die Sendeenergie von 1,5 auf 5 Kilowatt erhöht werden. Zum Vergleich muß man daran denken, daß die amerikanischen Sender durchschnittlich mit viel kleineren Energien (2,5 Kilowatt Durchschnitt) arbeiten als die europäischen (Durchschnitt 10,8 Kilowatt).

Nach dem „Fest der Liebe“

Noch eine Weihnachtsgeschichte

Nun haben sie wieder Weihnachten gefeiert, das Fest der Liebe und der Humanität, mitten in der Zeit der tiefsten Not und des kapitalistischen Wohlstands. Das Geschäft der Armen, zu frohen für das kapitalistische Eigentum wird so keine feste Weihnachtsgeschichte und keinen Erfolg geendet. Nicht einmal das mehr ist den Armen heute beschaffen, ihr Brot zu erwerben in der Iron für das kapitalistische Eigentum. Am Namen des Eigentums sind sie abgetrennt von aller Arbeit und allem Erwerb: die Hände müssen ruhen, keine Arbeit, kein Brot. Menschenliebe, Humanität, ein schönes Wort, aber was ist daraus geworden!

Der Wohlstand des Eigentums regiert die Stunde, keine Heiligkeit geht über alles über Menschendasein und Menschenleben. Hier ist eine moralische Geschichte aus dem Walde in Schweben, eine echte, wahre Weihnachtsgeschichte über die Heiligkeit des Eigentums. Ein Güter aus Zangenraub, bitterarm, wollte Weihnachten feiern, aber er hatte kein Geld, einen Christbaum zu kaufen. Er ging mit seinem zwölf-jährigen Sohn in den Wald. Im Walde stehen viele Bäume, große und kleine, was würde es

für den dieser Tage eröffnen mit 60 Kilowatt arbeitenden Sender Radio-Lausitz hat die französische Postverwaltung keine Genehmigung erteilt, weil sie jetzt in dieser Gegend einen Sender errichten will. Nun arbeitet Radio-Lausitz ohne Erlaubnis und wartet gespannt auf die Dinge, die kommen werden.

haben, wenn er einen abschneide, war es doch zur Ehre des Weihnachtstages. Der arme Mann und seine Junge schnitten ein Christbaumchen ab und machten sich auf den Heimweg. Als sie mit dem Säumen aus dem Walde herauskamen, begegneten ihnen ein Jagdaufseher und ein Bauernsohn. Vater und Sohn ließen mit dem Christbaumchen davon, der Jagdaufseher schoß, der Vater lag in seinem Bute.

Der Junge lief zu den beiden Männern und tat sie beschuldigen, am Gottesnamen dem Vater zu fluchen. Aber die beiden Männer wußten nicht auf ihn, sie gingen davon. Der Schwerechte ließ in seinem Bute liegen. Der arme Mann ist gestorben. In ein Weihnachtsgeschichte zur höheren Ehre des Eigentums. Einen Tag vor Weihnachten. Christentum, Humanität, Weihnachtswohl und Weihnachtsgelichte — das Eigentum geht über alles. Der arme Mann der das nicht bedacht hat, hat zum Fest der Liebe keine Erben erhalten.

Worteles haben in diesen Tagen ebenfalls ihre Geltung erhalten, während sie immer noch an Liebe und Liebe auf der Welt zu Weihnachten glaubten, trotz der Kater des wohnwichtig gewordenen Kapitalismus:

Nazis als Falschmünzer

Eigener Bericht

Kassel, 27. Dezember.

Die Kasseler Kriminalpolizei verhaftete zwei Nationalsozialisten wegen Falschmünzerei. Die Falschmünzer, die in einer Privatwohnung eine vollständige Werkstatt zur Herstellung von Falschgeld unterhalten, haben insgesamt einen 4000 Reichsmark 50-Pfennigstücke in Kassel und insbesondere in Süddeutschland in Verkehr gebracht. Die nationalsozialistischen Falschmünzer sind gefänglich.

Einer der Falschmünzer, der Sohn eines bekannten Schauspielers am Kasseler Staatstheater, der vor kurzem pensioniert worden ist, bezogte am Sonnabendabend in einem Lebensmittelgeschäft mit falschen 50-Pfennigstücken. Dem Geschäftsinhaber fiel der Betrag auf, er alarmierte die Polizei, die in den Taschen des in G.W.-Uniform befindlichen Falschmünzers weitere Falschstücke fand. Der Falschmünzer, der 19 Jahre alt Joachim Böcker, legte halb ein Geständnis ab und versiet auch seinen Komplizen Paul Hoyer, der mit ihm in großem Maß die Herstellung von 50-Pfennigstücken betrieben hatte.

Faule Geldläse

Kritik aus dem kapitalistischen Lager

Die Gewerkschaften erhalten neuerdings in ihrer Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsführung sogar Bundesgenossen aus dem Lager der Wirtschaftsführer selbst. So hat dieser Tage Generaldirektor Hinou, ehemals der führende Mann des Sinnes, in einem Vortrag in der Gesellschaft zum Studium des Sozialismus einige beachtenswerte Ausführungen über die gegenwärtige Kritik gemacht. Hinou zeigt sich vollkommen mit seiner Kritik in eine andere Richtung als die der Gewerkschaften verfallen. Trotzdem sind seine Ausführungen Beweis genug dafür, wieviel im Staat der Geldläse faul ist.

Hinou ist ein absoluter Vertreter der Individualwirtschaft. Er wandte sich daher gegen die heutige Form des Sozialismus. Er erklärte, von der Wirtschaft seien große und schwere Fehler gemacht worden. Die heutige Wirtschaft ist überorganisiert. Die Tätigkeit der Unternehmer erschöpfe sich mehr in Eitelungen der Verbände, Kartelle und Syndikate als in wahren Unternehmerrätigkeit. Syndikate und Kartelle züchten Wirtschaftskrisen. An die Stelle der alten Wirtschaftsführer vom Range der Krupp oder Thyssen seien Generaldirektoren und Direktoren in Massen getreten. Das größte Unglück der Zeit liege im Anmarsch der anonymen Kapitalförpächter, deren hervorragendes Vermögen darin bestehe, die eingetretenen Verluste zu liquidieren. Die Wirtschaftsführer der jüngsten Zeit zeigten die Unfähigkeit großer Teile der sogenannten Wirtschaftsführer, die Wirtschaft zu überleben. — Hinou kommt natürlich nicht zu dem Schluß, daß Individualwirtschaft das einzige Mittel zur Beilegung der Wirtschaftskrise ist. Sein Ideal liegt in der Bergangenheit. Er

überläßt daher, daß neben der Schuld der Wirtschaftsführung noch die Last der Wirtschaft dieser Führung eben über den Kopf gewachsen ist, und — man giebt seinen neuen Wein in alte Schläuche.

Rück im Reichswirtschaftsrat

Der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Wilhelm Ritz, der frühere Reichsinnenminister und Reichstagsabgeordnete der Staatspartei, ist an Stelle des früheren Oberbürgermeisters von Dresden, Dr. Müller, als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats enderufen worden.

Stand der Reichsbank

Die Entlastung der Reichsbank war in der dritten Novemberwoche, eine Folge des Weihnachtsgeschäftes, weniger stark als in der entsprechenden Woche des Vormonats. Die Ausleihungen gingen um 10,6 Millionen Mark auf 3054,4 Millionen Mark zurück. Der Rückgang in der dritten Novemberwoche betrug 131,2 Millionen Mark. Die Wechselbestände verringerten sich nur um 61 Millionen Mark auf 2545,7 Millionen Mark gegenüber einem Rückgang von 100,9 Millionen Mark im November.

Die Währungsreserve hat sich um 1,5 auf 917,8 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und Deutschemark betrug am 22. Dezember 27,2 Proz. gegenüber 26,9 Proz. am Ende der November- und 28,2 Proz. in der dritten Novemberwoche.

Deutschland vor der Fertigstellung

Das Panzergeschiff „Deutschland“ nähert sich seiner Fertigstellung. Es soll im Frühjahr in Wilhelmshaven in Dienst gestellt werden. Der Kreuzer „Emden“ dagegen außer Dienst. Zum Kommandanten des Panzergeschiffes „Deutschland“ ist der Kapitän zur See von Bülche ernannt worden. Bischof, der seit 1905 der Marine angehört, war im Kriegs Kommandant des Interceptorbootes „U 65“, das bei Kriegsende in Pola von der eigenen Besatzung gesprengt wurde. Zum 1. Offizier der „Deutschland“ ist der bisherige 1. Offizier des Kreuzers „Emden“, Korvettenkapitän Wurmbsch, ernannt worden, der im Kriegs ebenfalls Kommandos auf U-Booten innehatte, wie auch der leitende Ingenieur der „Deutschland“, Korvettenkapitän Dr.-Ing. Wiltge.

Schiffstatastrophe

Am Dienstagvormittag stießen im Nordostkanal ein finnischer Dampfer und ein deutscher Motorfisher zusammen. Das deutsche Schiff, das eine Zwiebelabladung an Bord hatte, wurde an der Backbordseite schwer beschädigt und lief voll Wasser.

Neuterei

Im Jagthaus von Rio de Janeiro brach eine schwere Neuterei aus. Der Krawall wurde niedergeböhren.

Bürgersteuer

Vor uns liegt eine Steuerkarte für das Jahr 1933. Die einer Berliner Feinmechaniker (Näherin) zugestellt worden ist. Von dieser Näherin verlangt die Stadt Berlin eine Bürgersteuer im Betrag von 15 M. für das Jahr 1933. Der Besessene ist verzweifelt, diese Steuer anzunehmen, sofern die Näherin in einer Woche mehr als 7,85 M. brutto verdient. Danach mag das Effektivminimum für diese Näherin 400 M. im Jahre aus. Schlimmer können die Ungerechtigkeiten der Bürgersteuer wohl kaum charakterisiert werden.

Die Bürgersteuer gehört trotz der in den letzten Jahren eingeführten Minderungen noch immer zu den unpopulärsten Steuern unseres Steuerrechts. Die bisherigen Reformen sind völlig unzureichend. Das gilt auch für die Gleichrichtungen, die die Reichsregierung in der Bürgersteuerordnung 1933 vorgezogen hat. Danach ist endlich mit der Erhebung einer Freigrenze befreit worden. Diese Freigrenze ist auf 1000 M. angesetzt worden. Leber, daß sich die Regierung nicht entschließen konnte, weitere Gleichrichtungen auszuführen und eine betriebliche Regelung der Freigrenze vorzunehmen. Ansonsten ruft die Abänderung der Freigrenze in vielen Fällen noch eine Mehrbelastung durch die Bürgersteuer hervor.

Während bei der Bürgersteuer 1931 die Steuerpflicht nicht bestand, wenn das gesamte Jahres-einkommen nicht 500 M. übersteigt (abzüglich 100 M.), ist jetzt der Höchstbetrag der Wohlhabens-lastige als Freigrenze bestimmt worden. Wenn das Einkommen den Höchstbetrag der Wohlhabens-lastige nicht übersteigt, so wird Bürgersteuer nicht erhoben. Diese Regelung ist vor allem deshalb ungenügend, weil sie 1. die ledigen Arbeitnehmer wegen der niedrigen Wohlhabens-lastige erheblich schlechter stellt und weil die Wohlhabens-lastige der Wohlhabenslastige infolge der Finanznot der Gemeinden immer weiter abgebaut werden mußten und von weiterer Abbau bedroht sind. Deshalb hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem Gesetzentwurf zur Umgestaltung der Bürgersteuer gefordert, daß die Bürgersteuer von den Personen nicht erhoben werden soll, deren gesamte Jahreseinkünfte den Betrag von 1200 M. nicht übersteigen. Die Sozialdemokratie verlangt also, daß bei der Bürgersteuer dieselbe Freigrenze gilt, die beim Steuerabzug vom Arbeitslohn besteht.

Die wesentliche Härte der Bürgersteuer besteht jedoch darin, daß die Gemeinden für 1933 erheblich höhere Zuschläge erheben wollen als bisher. Infolge der ständig wachsenden Finanznot der Gemeinden, die große Gefahr, das im Dezember 1933 durchgeführte 500 Proz. Bürgersteuererlöse werden, also etwa doppelt so viel als 1932. Die Bürgersteuer 1933 würde also 30 M. je Kopf betragen, während sie bisher im Durchschnitt bei einem Gehalt von 15 M. und bei einem Bezieherlohn 22,50 M. betrug. In zahlreichen Fällen werden die Gemeinden sogar noch weit darüber hinausgehen und schon jetzt 40 bis 50 Prozent, daß die Festsetzung von 700 je 1000 Proz. keine Seitenhieb sein wird. Die Schuld daran liegt weniger bei den Gemeinden als beim Reich. Da die Gemeinden von den Wohlhabenslastigen fast erbrückt werden, müssen sie sich nicht anders zu helfen, als einerseits einen großen Teil ihrer übrigen Verpflichtungen nicht nachkommen und andererseits die einzigen ihnen verbleibende größere Einnahmen, die sie umgeben erheben können, so weit wie möglich ausnützen. Dieser Zustand muß befristet werden und deshalb fordert die Sozialdemokratie, daß die Gemeinden künftig zur Erhöhung der Bürgersteuer nur berechtigt sind, wenn sie gleichzeitig erhöhte Zuschläge zu den Bezieherlohn (Reallohn) erheben. Das ist der einzige Weg, um die Lasten der Wohlhabenslastigen auf alle Schultern zu verteilen und die Überbelastung der Bürgersteuer zu verhindern.

Dazu bedarf es aber noch einer anderen gesetzlichen Regelung: das Reich hat nämlich bestimmt, daß nur die Gemeinden auf Reichszuschläge zur Wohlhabenslastigen rechnen können, die einen Bürgersteuerzuschlag von mindestens 500 Proz. erheben. Um sich den Reichszuschlag nicht entgehen zu lassen, haben deshalb viele Gemeinden ihre Bürgersteuer mit 500 Proz. festgesetzt, auch wenn sie eigentlich mit einer geringeren Bürgersteuer auskommen wären. Es gibt sogar Gemeinden, die aus der Bürgersteuer einen Ueberzuschlag herauslösen wollen, um damit Bezieherlohnentendenzen vornehmen zu können! Um das zu verhindern, fordert die sozialdemokratische Gesetzentwurf, daß die Gewährung von Reichszuschlägen zur Wohlhabenslastigen nicht von der Erhebung eines bestimmten Bürgersteuerzuschlags abhängig gemacht werden darf.

Eine der größten Ungerechtigkeiten der Bürgersteuer besteht schließlich darin, daß die Steuerlast bei hohen Einkommen in keinem gerechten Verhältnis zu der Belastung der kleinen und kleinsten Einkommen stehen. Die Sozialdemokratie fordert deshalb, daß die Bürgersteuer für die mittleren, höheren und hohen Einkommen bis auf das Vierfache erhöht werden.

Werden diese Reformen durchgeführt, so wird die Bürgersteuer einen wesentlich sozialeren Charakter haben. Ihre beste Berechtigung wäre allerdings ihre völlige Beseitigung. Denn selbst aber es unmöglich, die große Finanznot der Gemeinden entgegen, die bei einer Aufhebung der Bürgersteuer nicht mehr in der Höhe würde, auch nur die letzten fünf abgebauten Unterhaltungen an die Wohlhabenslastigen weiterzugeben.

